



Für einen starken ASP...

Liebe Münchner Mitglieder,
wie im letzten Magazin schon angekündigt, beteiligen wir uns am Landtagswahlkampf mit einer eigenen Veranstaltung. Beachten Sie bitte unseren ersten Terminhinweis sowie den beigefügten Flyer!

Ebenfalls im Hofbräuhaus fand am 22. Juli unsere gemeinsame Veranstaltung mit der Internationalen Kommission zum Thema China statt (siehe untenstehenden Artikel).

Auch bei der weiteren Veranstaltung, über die wir diesmal berichten, lag der Schwerpunkt auf der Außenpolitik.

Die Fachausschüsse des ASP (Landesebene) bieten eine gute Gelegenheit, sich in den 4 Themenbereichen unseres Arbeitskreises mit einzubringen. Daher anbei noch einmal (z.T.) das entsprechende Anmeldeformular.

Die für den 28. Juli geplante Gründung unserer Münchner Arbeitsgruppe „Europa“ wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung nach der irischen Ablehnung des Lissaboner Vertrags erst einmal verschoben.

Ähnlich frustrierend wie bei der Rechtslage zum Luftsicherheitsgesetz (2005) sind heute die Einsatzmöglichkeiten der deutschen Marine zur Pirateriebekämpfung.

Lesen Sie dazu einen klärenden Beitrag unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Hans-Peter Uhl.

Dem vielfältigen Engagement unserer Mitglieder im Wahlkampf geschuldet, melden wir uns erst danach mit einem neuen Mitgliedermagazin wieder zurück.

Beachten Sie bitte die Vorankündigung der Diskussionsveranstaltung am 10. Oktober!

Tragen Sie mit Ihren beiden Stimmen bei der Landtagswahl zu einem klaren „50 + X“-Ergebnis auch in München bei.

Vergessen Sie auch nicht unsere Bezirkstagskandidaten!

„Ein starkes Bayern“ wünscht Ihnen

Ihr

André Günther

André Günther
Bezirksvorsitzender

Veranstaltungshinweise:

Montag, 25. August 19 Uhr	ASP-Bezirksveranstaltung zusammen mit PEU München mit dem stv. CSU-Vorsitzenden MdEP Ingo Friedrich und dem stellvertretenden Münchner CSU Bezirksvorsitzenden und MdL Ludwig Spaenle „ Integration durch Bildung - Bayerns Modell für Europa?! “	Hofbräuhaus, Wappensaal Platzl 9
Montag, 8. September 20 Uhr	Europa - wie geht es nach dem Referendum von Irland weiter? Veranstaltung des Kreisverbands München-Land mit MdEP Angelika Niebler	Gaststätte Pschorrhof Lochhamer Straße 78, Gräfelfing
Donnerstag, 11. September, 17 Uhr	Auftaktveranstaltung zur heißen Phase des Landtags- und Bezirkstagswahlkampfes in Bayern	Zenit Halle München
Sonntag, 14. September 11 Uhr	Kundgebung mit Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Umweltminister Dr. Otmar Bernhard am Aubinger Herbstfest	Festzelt am Germeringer Weg
Dienstag, 16. September 19 Uhr	Im Gespräch mit... Veranstaltung der UdV München mit dem Generalkonsul der Republik Slowenien, Herrn Alfred Killer	Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5 (S1-8 Rosenheimer Platz/Gasteig)
Freitag, 26. September Beginn 16 Uhr, Vorprogramm 15 Uhr	Abschlusskundgebung am Marienplatz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Parteivorsitzenden Erwin Huber	Marienplatz
Sonntag, 28. September 8 - 18 Uhr	Landtagswahlen in Bayern	
Freitag, 10. Oktober, 19.30 Uhr	Welches Europa wollen wir? Diskussionsveranstaltung des ASP-München-West mit Dr. Peter Gauweiler , MdB und Markus Ferber , MdEP.	Ort wird noch bekannt gegeben.
Montag, 20. Oktober 18 Uhr	Fachausschuss Entwicklungspolitik unter Leitung von MdB Dr. Christian Ruck . Anm.: unter Tel. 089-1243-249 oder Beate.Schramm@csu-bayern.de	CSU-Landesleitung Nymphenburger Str. 64

Ohne sauberes Trinkwasser

Internationale Kommission zu China: Aufstieg und Risiko

München – Drei Wochen vor Beginn der Olympischen Spiele in Peking diskutierte die Internationale Kommission der CSU über Chinas Aufstieg und die Probleme des Landes.

Wie stabil ist China? Das war eine der Fragen, mit denen sich kurz vor Beginn der Olympischen Spiele die Internationale Kommission der CSU unter Leitung von Reinhold Bocklet zusammen mit dem ASP-Bezirksverband München und dem Jungen Forum der Gesellschaft für Außenpolitik befassten.

Der asiatische Koloss steht vor riesigen Herausforderungen, erinnerte der stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariengruppe im Bundestag, Hans-Peter Uhl: 200 Millionen Menschen leisten in China als Wanderarbeiter fast Sklavenarbeit, ohne jede Sozialversicherung. Die Umweltvergiftung führt dazu, dass 700 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung – keinen Zugang zu saub-

berem Trinkwasser haben. Nur 150 Millionen Chinesen haben eine Rentenversicherung. Uhl: „Bei ähnlichen Verhältnissen hierzulande wäre Bürgerkrieg in Deutschland.“ Wie lange halten die Chinesen das aus?

Das System steht nicht vor dem Zusammenbruch und das Riesensland nicht vor dem Zerfall, versicherten China-Experte Gottfried Karl Kindermann, May-Britt Stumbaum von der Deutschen

Chinas Weg zu mehr Gerechtigkeit behutsam begleiten

Gesellschaft für Auswärtige Politik und Erzbischof Jeremias Schröder von St. Ottilien, der intensive Beziehungen zu Gemeinden in China pflegt. Peking bietet den Menschen zehn- bis fünfzehnprozentiges Wirtschaftswachstum und ersetzt kommunistische Ideologie durch manchmal aggressiven Nationalismus. Die Macht der Partei leidet nicht: 70 Millionen Parteimitglieder sorgen für flächendeckende Kontrolle des

Milliardenvolks. Spannend wird es, wenn die wachsende Mittelschicht politisch aktiv wird. Konflikte könnten sich dann an der dramatischen Umweltsituation entzünden.

Demokratisierung steht in Peking nicht auf dem Programm. Die Partei betrachtete Demokratie als „institutionalisierte Anarchie“. Selbstweltoffene chinesische Gesprächspartner sehen in ihr nicht den richtigen Weg für ihr Land. Wie China bei fort-dauernder Parteiherrschaft die wuchernde Korruption in den Griff bekommen soll, wissen sie aber auch nicht.

Europa bleibt nichts übrig, als den Aufstieg Chinas und seinen Weg zu mehr Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit behutsam zu begleiten. Ratschläge schätzt Peking nicht. Persönliche Beziehungen dagegen sehr. Hier liegt eine Chance, riet Uhl: Deutschland müsse den Studentenaustausch intensivieren und so in China Freunde und einflussreiche Kontakte für das Leben schaffen. **Heinrich Maetke**



Bildquelle: privat

Neben stehender Text wurde mit freundlicher Genehmigung des Bayernkuriers abgedruckt.

Gemeinsam mit der Internationalen Kommission der CSU um ihren Vorsitzenden Reinhold Bocklet, MdL hat der ASP Bezirksverband zu dieser Veranstaltung eingeladen. Das Inte-

resse war so groß, dass der Saal im Hofbräuhaus bis auf den letzten Platz gefüllt war. Schön war auch die heterogene Besucherstruktur aus Parteimitgliedern, Interessierten sowie

Jung und Alt. Die Initiatoren haben die vielfache Anregung aufgenommen und werden diese Form der Kooperationsveranstaltung in Zukunft regelmäßig organisieren.

Brandstifter kann nicht Feuerwehr sein

Als Folge einer „dramatischen Fehlentscheidung der UNO“ hat der außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, Bernd Posselt, den Krieg in Georgien bezeichnet. Mit dem Mandat an Rußland, als Friedenstruppen getarnte Kolonialtruppen in Abchasien und Südossetien zu unterhalten, habe die Weltorganisation „den Brandstifter Nummer 1 zum Feuerwehrhauptmann gemacht und damit den jetzigen Flächenbrand geradezu heraufbeschworen“.

Posselt appellierte an UNO, OSZE, Europarat und EU, „schleunigst dafür zu sorgen, daß in den separatistischen Teilen Georgiens eine internationale und europäische Friedenstruppe stationiert werden kann und die russischen Kolonialtruppen verschwinden, die im Kaukasus seit Jahrhunderten Unheil angerichtet und entsprechend ihren strategischen Interessen Nationalitätenkonflikte nicht gelöst, sondern geschürt haben“.

Der Westen könne in der Region eine Schlüsselrolle spielen, „aber nur als ehrlicher Makler und wenn er geschlossen ist. Deshalb ist es auch problematisch, wenn der deutsche Außenminister Steinmeier am französischen EU-Ratspräsidenten Kouchner vorbei Sonderverhandlungen führt.“

Presseerklärung
Büro Posselt

„USA - was erwartet uns nach den Wahlen?“ Veranstaltung des CSU-Ortsverbandes Schwabing-Nord

Der CSU-Ortsverband Schwabing-Nord veranstaltete am 1. Juli gemeinsam mit dem CSU-KV 7 wieder einmal einen spannenden außenpolitischen Abend im Bamberger Haus.

Ortsvorsitzender Michael Dzeba (ASP München-Nord) hatte u.a. den CSU-Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, MdB Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg zu einem Vortrag zum Thema USA eingeladen.

Auf dem Podium mit dabei waren der Bundestagsabgeordnete Johannes Singhammer, der Landtagskandidat Roland Hoffmann und die Bezirksrätin Hildegard Mayr

Als Vorsitzender des Fachausschusses Außenpolitik im Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU (ASP) und als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages hat MdB zu Guttenberg einen exzellenten Einblick in die deutsch-amerikanischen Beziehungen und konnte über die Entwicklungen in den USA aus erster Hand berichten.

Trotz einer Vielzahl von Themen (zum Beispiel auch Klimapolitik) standen die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst und deren mögliche Auswirkungen auf Partner und Verbündete im Vordergrund seiner Ausführungen..

In Deutschland und Europa wird das Rennen der Kandidaten auch deshalb mit bislang kaum gekannter Anteilnahme verfolgt.

Zu Guttenberg erklärte, von welcher entscheidender Bedeutung es ist, wie belastbar von Beginn an persönliche Verbindungen zum künftigen amerikanischen Staatsoberhaupt genutzt werden können.



v.l.n.r.: Dzeba, Hoffmann, Mayr, zu Guttenberg

Die CSU verfügt - ganz im Gegensatz zu anderen deutschen Parteien - hier über etablierte persönliche Kontakte und exzellente politische Gesprächskanäle zu den potentiellen Amtsnachfolgern von George W. Bush.

In jedem Fall werden sich Deutschland und seine Verbündeten - gerade vor dem Hintergrund eines verstärkten Multilateralismus der USA - gestiegenen amerikanischen Forderungen nach höheren Beiträgen zur internationalen Krisen- und Konflikt-

bewältigung ausgesetzt sehen - sei es in Afghanistan oder an anderen Krisenherden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es umso wichtiger, dass die CSU ihre außen- und sicherheitspolitischen Anliegen im gegebenenfalls kritikfähigen transatlantischen Dialog hörbar macht und bis an die Spitze der amerikanischen Regierung tragen kann.

Dieses politische Kapital muss gepflegt und gemehrt werden, denn es wird in den nächsten Jahren ein nicht zu unterschätzender Garant für den außen- und sicherheitspolitischen Gestaltungsanspruch der CSU sein.

Gerade auch durch das gewachsene außenpolitische Gewicht Berlins und durch eine hilfreiche landespolitische Begleitung bestehen alle Möglichkeiten das transatlantische Verhältnis zukunfts fest zu formen.

Bei der gut besuchten Veranstaltung machte das Publikum regen Gebrauch von den Diskussionsmöglichkeiten mit den Podiumsmitgliedern. Wieder einmal ein rundum gelungener außenpolitischer Abend im Bamberger Haus.

Bezirksrätin Hildegard Mayr
ASP München-Nord

Die Piraterie und der Einsatz der Bundeswehr



In den letzten Monaten haben Fälle von Piraterie vor der Küste Somalias Aufmerksamkeit erlangt. Sofort stellt sich natürlich die Frage, was die Marine der Bundeswehr, die vor der somalischen Küste kreuzt, um Verbindungslinien des internationalen Terrorismus zu stören, gegen diese Piraten tun kann. Der gesunde Menschenverstand verlangt geradezu danach, dass die Bundeswehr - wenn sie ohnehin schon vor Ort ist - mit ihren Zwangsmitteln im Rahmen des Möglichen dazu beiträgt, den skrupellosen Seeräubern das Handwerk zu legen.

Erneut ist es nötig, den ungeliebten und von der politischen Öffentlichkeit vernachlässigten Blick auf den verfas-

sungsrechtlichen Rahmen für einen Einsatz der Bundeswehr zu richten.

Die Befugnis von Kriegsschiffen gleich welcher Flagge, Piratenschiffe auf Hoher See aufzubringen, Personen an Bord festzunehmen und an Bord befindliche Vermögenswerte zu beschlagnahmen, ergibt sich aus Artikel 105 SRÜ (Seerechtsübereinkommen).

Diese allgemeine, gefahrenunabhängige Ermächtigung zum Aufbringen von Piratenschiffen ist jedoch nur eine Befugnis und keine unbedingte Verpflichtung. Deshalb hat diese Regel des Völkerrechts keinen Verfassungsrang und kann nicht über den Umstand hinweghelfen, dass nach Art. 87a Abs. 2 GG eine Einsatzbefugnis außer zur Verteidigung nur auf Grund ausdrücklicher Zulassung im

Grundgesetz besteht. Eine solche ausdrückliche Zulassung gibt es im Hinblick auf Pirateriebekämpfung natürlich nicht.

Einzige Einsatzgrundlage kann somit der spontane Nothilfefall (Art. 25 iVm Art. 98 GG, 100 ff SRÜ) sein. Demnach können die Soldaten unverzüglich einschreiten, wenn sie (zufällig) Zeugen einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben werden. Darüber hinaus ist eine aktive Rolle der Bundeswehr bei der Pirateriebekämpfung nicht zulässig. Um diesbezüglich die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte rechtlich abzusichern, gäbe es zwei Möglichkeiten:

Eine Änderung des UN-Mandats: Innerhalb eines Mandats könnte ein Einsatz nach Art. 24 Abs. 2 GG geregelt werden, obwohl er verfassungsrecht-

lich im engeren Sinn nicht vorgesehen ist. So übernimmt die Bundeswehr z.B. im Kosovo auf Geheiß der UNO polizeiliche Aufgaben – was sie ja grundsätzlich nicht dürfte. Ebenso könnte man Piraterieeinsätze jederzeit durch Mandatsänderung einbeziehen.

Die andere Möglichkeit wäre rechtlich „sauberer“, nämlich eine Änderung des Art. 87a Abs. 2 GG, um die Bundeswehr in klar geregelter Weise zur Pirateriebekämpfung zu ermächtigen.

Die SPD verschließt sich gegenüber beiden Lösungswegen, weil sie der politischen Öffentlichkeit eine ehrliche Diskussion über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Bundeswehreinsatzes nicht zumuten will. Stattdessen behaupten die Vertreter der SPD (und auch der FDP) wider besseres Wissen, dass die Bundeswehr laut UN-Mandat schon jetzt gegen Piraten vorgehen dürfte.

Diese Position ist natürlich bequem: So kann man dem CDU-geführten Verteidigungsministerium populistisch vorwerfen, es sei „unwillig“ und

„untätig“ gegenüber Piraten. In Wahrheit sind genau diese Kritiker unwillig und blockieren somit die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr. Die Soldaten haben Anspruch auf eine rechtlich einwandfreie Befehlsgebung.

SPD und FDP rechnen hier wohl wieder einmal damit, dass die Materie zu kompliziert ist und von den Wählern nicht durchschaut wird!

Dr. Hans-Peter Uhl
Stv. ASP-Landesvorsitzender

Münchner CSU nominiert Posselt und Straßer

Ohne Gegenstimme hat der Münchner CSU-Bezirksvorstand am 21. Juli den Europaabgeordneten Bernd Posselt wieder zum Münchner Spitzenkandidaten für die Europawahl 2009 nominiert. Damit hat Posselt, der die Landeshauptstadt seit 1994 im Europaparlament vertritt, wieder gute Chancen einen der vordersten Plätze auf der CSU-Landesliste zur Europawahl zu erhalten.

Für einen weiteren guten Listenplatz schlug der Bezirksvorstand den bisherigen Stadtrat Max Straßer vor.



v.l.n.r.: Bernd Posselt und Dr. Otmar Bernhard

Posselt fungiert im Europaparlament als CSU-Sprecher für Außen- und Sicherheitspolitik, für Erweiterungs-

fragen und Südosteuropa, für Menschen- und Minderheitenrechte sowie für Kulturpolitik und Bioethik.

Er ist Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, Sprecher (oberster politischer Repräsentant) der Sudeten-deutschen Volksgruppe, des vierten bayerischen Stammes, Mitglied des CSU-Parteivorstandes und Landesvorsitzender der CSU-Arbeitsgemeinschaft Union der Vertriebenen und Aussiedler (UdV).

Initiative des ASP Kreisverband West zur Europawahl 2009

Auf seiner letzten Sitzung hat der Vorstand des Kreisverbandes West beschlossen einen Antrag an die Landesversammlung des ASPs zu stellen, der drei einfache aber doch entscheidende Schritte zur Überwindung des vorhandenen Demokratiedefizits der Europawahlen vorsieht.

Zum einen wird die CSU aufgefordert als CSU/EVP bei der nächsten Europawahl anzutreten und in der Öffentlichkeit mit dem Parteikürzel „CSU/EVP“ für sich zu werben. Damit soll die europäische Dimension der Wahl unterstrichen und dem in den letzten Jahren kontinuierlich vorangeschrittenem Wandel der lockeren Lagerbündnisse der Parteien im Europäischen Parlament hin zu europä-

ischen Parteienbündnissen Rechnung getragen werden. Dies ist auch im Einklang mit der zweiten Forderung, nämlich der Aufforderung der CSU, sich für die Nominierung eines europäischen Spitzenkandidaten der EVP zur Europawahl 2009 stark zu machen. Analog zum Kanzlerkandidaten, sollen die Mitgliedsparteien der EVP mit einem Spitzenkandidaten in die nächste Europawahl gehen, der nach dem Wahlerfolg auch vom Parlament für die Übernahme des Amtes des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen werden soll. Im dritten Schritt schlägt der Kreisverband West dem ASP und der CSU vor, sich konkret für die frühzeitige Benennung des amtierenden Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso als Spit-

zenkandidat der EVP stark zu machen.

Mit diesen drei konkreten Schritten, ist sich der Kreisvorstand sicher, die Attraktivität der Europawahl steigern zu können. Durch die Visualisierung der europäischen Partei sowie die Personalisierung wird die Europawahl politischer und die Bürgerinnen und Bürger können besser erkennen, dass sie mit ihrer Stimme tatsächlich Einfluss nehmen können. Der Kreisvorstand ist sich sicher, dass die Umsetzung der drei Schritte schlussendlich zu einer Erhöhung der Attraktivität der Europawahl und somit der Wahlbeteiligung beiträgt.

Andreas Bauer
Kreisvorsitzender ASP-West

Impressum:

Herausgeber: ASP München, André Günther, Guntherstr. 23, 80639 München, Tel.: (089) 17 82 870, e-Mail: andremichael.guenther@t-online.de

Redaktion: Andreas Bauer, Richard-Riemerschmid-Allee 10, 81241 München, Tel. (089) 89 67 00 22; e-Mail: andreas.bauer@csu-bayern.de

Im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949 ist für die Zeitung der Bezirksverband des ASP München verantwortlich, für namentlich gekennzeichnete Artikel der jeweilige Verfasser.